

INFORMATION FÜR DIE PRESSE

Düsseldorf, Berlin, Frankfurt, 20.04.2026

Die deutsche Zulieferindustrie bleibt in einer tiefen Strukturkrise. Eine konjunkturelle Erholung ist nicht in Sicht. Schwache Auftragseingänge, steigende Kosten und zunehmender internationaler Wettbewerbsdruck belasten die Unternehmen weiterhin erheblich und gefährden die industrielle Resilienz sowie die Stabilität der Wertschöpfungsketten.

Die deutsche Zulieferindustrie befindet sich weiterhin tief in der Strukturkrise. So setzte sich die anhaltende Krise auch im Jahr **2025** fort. Die deutsche Zulieferindustrie verzeichnete einen Umsatzrückgang von 1,1 Prozent, während die Produktion um 1,0 Prozent sank. Damit war 2025 bereits das vierte Jahr in Folge mit rückläufiger Produktion. Ohne das zwischenzeitliche Corona-Erholungsjahr 2021 zeigt die Entwicklung seit 2019 eine strukturell abwärts gerichtete Tendenz. Besonders deutlich wird, dass sich die Krise immer tiefgreifender auf die Beschäftigung auswirkt: Diese lag 2025 um 3,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Der Personalabbau gewinnt damit immer stärker an Breite und unterstreicht, dass die anhaltende Schwäche immer weiter die Substanz der deutschen Zulieferer angreift.

Auch der Jahresauftakt **2026** liefert keine Anzeichen für eine Trendwende. In den ersten beiden Monaten war die Beschäftigung mit -3,4 Prozent weiter rückläufig. Auch der leicht positiv gerichtete Trend gegen Jahresende wurde in den ersten Monaten 2026 enttäuscht. So liegt die Produktion der deutschen Zulieferer nach den ersten beiden Monaten bereits wieder bei einem Minus von 0,4 Prozent. Diese Entwicklung spiegelt sich auch im ifo-Geschäftsklima der deutschen Zulieferer wider. Im März 2026 fiel das saisonbereinigte Geschäftsklima deutlich von -14,4 Punkten im Februar auf -24,1 Punkte. Damit wurde die zuvor erkennbare zögerliche Stabilisierung auf sehr niedrigem Niveau abrupt beendet. Zugleich markiert der Wert den schlechtesten Stand seit genau einem Jahr. Sowohl die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage als auch die Erwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich im Zuge der Kriegshandlungen im Iran spürbar verschlechtert.

„Nur etwa jeder zehnte Zulieferer bewertet seine aktuelle Lage als gut, während lediglich 16 Prozent der Branche eine Besserung in den kommenden sechs Monaten erwarten. Die Stimmung bleibt damit klar im negativen Bereich“, so Christian Vietmeyer, Sprecher der ArGeZ.

Ursächlich ist vor allem die weiterhin schwache Nachfrage in den zentralen Abnehmerbranchen. Die Auftragseingänge entwickeln sich zu volatil, um eine nachhaltige Stabilisierung zu ermöglichen. Gleichzeitig verschärfen externe Risiken die Situation zusätzlich. Geopolitische Spannungen und handelspolitische Unsicherheiten wirken belastend, während steigende Energiepreise die Kosten erhöhen und Investitionen bremsen.

Hinzu kommt ein wachsender internationaler Wettbewerbsdruck. Während die deutsche Zulieferindustrie um Stabilisierung ringt, steigen die Importe in wichtigen Produktgruppen deutlich an. So wurden Waren aus Eisen und Stahl im Jahr 2025 rund 10 Prozent stärker importiert als noch im Vorjahr. Bei zahlreichen Automobilteilen fiel das Wachstum nochmals höher aus.

Von der Bundesregierung wird immer noch eine mutige und zukunftsgerichtete Wirtschaftswende erwartet. Die Hauptprobleme der Zulieferer bleiben ungelöst und verschärfen sich. Die im internationalen Vergleich zu hohen Arbeitskosten drängen viele Zulieferer aus dem Geschäft und führen zu Produktionsverlagerungen in kostengünstigere Länder. Es gibt mehrere Stellschrauben, um die dringend notwendige Absenkung der Arbeitskosten zu erreichen: Eine Erhöhung des Arbeitsvolumens durch längere Arbeitszeiten sowie die Eindämmung des hohen Krankenstands z. B. durch die Abschaffung der telefonischen Krankschreibung würden Beiträge dazu leisten. Zusätzlich müssen die Lohnzusatzkosten durch Reformen auf maximal 40 Prozent zurückgeführt werden. Es ist richtig, dass die Bundesregierung Vorschläge zur Reform der Sozialversicherungen ausarbeitet. Verbesserungen müssen jetzt schnell in Gesetze gegossen werden, um wieder Vertrauen in den Standort Deutschland entstehen zu lassen und Investitionszurückhaltungen aufzubrechen. Für die Zulieferbetriebe ist es schließlich von entscheidender Bedeutung, dass sie wieder zu wettbewerbsfähigen Lohnstückkosten produzieren können. Erforderlich sind überdies wirksame Investitionsanreize und Fördermaßnahmen, die eine Erhöhung der Produktivität durch Automatisierung und den Einsatz neuer Technologien ermöglichen und somit den Pfad zur Klimaneutralität ebnen.

Die versprochene Absenkung der Energiepreise für die Industrie ist – unabhängig von den Konflikten im Iran und der Ukraine betrachtet – bislang nicht spürbar angekommen. Viele Zulieferbetriebe bleiben bei der Reduktion der Stromsteuer außen vor, während der sogenannte Industriestrompreis für das produzierende Gewerbe zu einer Absenkung des Strompreises um 1-2 Cent/KWh, d. h. im Mittel um rd. 10 Prozent, führt. Der Bundeszuschuss zu den Netzentgelten wirkt sich nicht in jedem Netzgebiet entlastend aus. Das ist im Ergebnis zu wenig und führt noch nicht zu einem wettbewerbsfähigen Strompreis. Gas bleibt für viele industrielle Wärmeprozesse nach wie vor

alternativlos mangels Verfügbarkeit anderer wettbewerbsfähiger Energieträger. Für den Mittelstand ist der Gaspreis belastet mit dem nationalen CO₂-Preis, der nur deutsche Unternehmen trifft und höher ist als der CO₂-Preis für große Emittenten im ETS. Der nationale CO₂-Preis muss jetzt ausgesetzt werden, bis der europäische CO₂-Preis für Kleinanlagen (ETS 2) kommt. Nur so kann ein Level Playing Field im gemeinsamen Markt sichergestellt werden.

Diese Faktoren haben zu einer neuen Welle der Globalisierung in der Zulieferindustrie geführt. Mittelständler ab einer bestimmten Größe tragen dem auch durch Zölle angeheizten Trend nach mehr lokaler Produktion Rechnung und entfliehen so gleichzeitig den deutschen Standortbedingungen. „Immer wieder treffen Geschäftsleitungen von Zulieferern die Entscheidung, in ausländische Werke anstatt in den deutschen Standort zu investieren. Oder die Kunden ziehen die Aufträge aus Deutschland ab. Wir bluten langsam aus“, so Dr. Martin Theuringer, Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie.

Der Vorschlag der EU-Kommission für ein „Made in Europe“ weist grundsätzlich in die richtige Richtung. Eine stärkere Verankerung europäischer Wertschöpfung kann dazu beitragen, die industrielle Basis zu stabilisieren und die Resilienz gegenüber externen Schocks zu erhöhen. Entscheidend ist jedoch, dass entsprechende Regelungen praxistauglich ausgestaltet werden und nicht zu zusätzlichen bürokratischen Belastungen führen. Nur so können sie tatsächlich zu mehr Aufträgen für die europäische Zulieferbasis beitragen. Dass in der EU nur noch emissionsfreie Fahrzeuge vom Staat gefördert werden sollen, ist als gesetzgeberisches Ziel legitim. Wichtig ist es, die Technologieoffenheit über das Jahr 2035 hinaus zu erhalten und Verbrenner nicht zu verbieten. Die Veränderungen durch das Automotive Package der Europäischen Kommission weisen den richtigen Weg hin zu einem technologischen Wettbewerb um die besten Antriebsformen.

Die für den Sommer erwartete Einführung der EU-Altautoverordnung (ELVR) wird die Verwertungsquoten insbesondere in den Materialklassen Glas-, Elektronik- und Kunststoffbauteile erhöhen. Die Rücknahmeverpflichtungen und Recyclingquoten erfordern Investitionen in neue Bauteile, die leicht demontierbar, recyclingfähig und rezyklatgeeignet sind. Hersteller von Zulieferteilen aus Kunststoff dürfen die ab dem Jahr 2032 geforderte Rezyklatquote von 15 Prozent nur durch Post-Consumer-Abfälle erfüllen, die absehbar nicht in ausreichenden Mengen vorhanden sein werden. Denn auch andere Produktbereiche (Verpackung, Bau, Elektro) werden auf diesen geringen Rezyklatstrom zugreifen müssen. Die qualitativ wichtige Quelle der Produktionsabfälle aus der Teileherstellung wird unverständlicherweise ausgeschlossen. Außerdem besteht heute noch kein tragfähiger Markt, der eine wirtschaftliche Demontage der Kunststoffbauteile und deren anschließende Verwertung/Vermarktung zulässt. Die Folge ist derzeit bereits eine Abnahme von Kunststoff-Recycling-Betrieben, auch weil Kunststoff-Originalware kostengünstiger zur Verfügung steht. „Der politisch gewollte Kreislauf ist aus der Idee des Ressourcenschutzes heraus zu unterstützen,

jedoch muss die Wettbewerbsfähigkeit der Sekundärmaterialien gewährleistet und deren Herstellung wirtschaftlich sein“, fordert Michael Weigelt und ergänzt: „Bei der Umsetzung der Altautoverordnung muss auf schlanke, bürokratiearme Prozesse und Entlastung der Recyclingbetriebe bei den Energiekosten geachtet werden, denn nur wirtschaftlich rentable Rezyklate werden den Eingang über die Kunststoffverarbeiter in europäische Fahrzeuge finden und die erhoffte internationale Wettbewerbsfähigkeit der Fahrzeuge ermöglichen.“

Ansprechpartner: Christian Vietmeyer, cvietmeyer@wsm-net.de, 0211 95 78 68 -22
Michael Weigelt, michael.weigelt@tecpart.de, 069 426 909 398
Dr. Martin Theuringer, martin.theuringer@bdguss.de, 0211 6871 155



Christian Vietmeyer,
Sprecher ArGeZ, Hauptgeschäftsführer WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.



Michael Weigelt,
Geschäftsführer TecPart, Verband Technische Kunststoff-Produkte e.V



Dr. Martin Theuringer
Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e.V.

Über die ArGeZ (www.argez.de):

Die Arbeitsgemeinschaft Zulieferindustrie (ArGeZ) ist eine Interessengemeinschaft, die rund 9.000 – vornehmlich mittelständisch geprägte – Zulieferunternehmen mit rund einer Million Beschäftigten und einem Umsatzvolumen von 244 Milliarden Euro vertritt. Sie wird getragen von den Wirtschaftsverbänden:

- Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V., Berlin | www.wvmetalle.de
- Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e.V., Düsseldorf | www.bdguss.de
- Aluminium Deutschland e.V., Düsseldorf | www.aluminiumdeutschland.de
- Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e.V., Frankfurt a.M. | www.wdk.de
- Verband Technische Kunststoff-Produkte e.V., Frankfurt a.M. | www.tecpart.de
- Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V., Düsseldorf/Hagen | www.wsm-net.de
- Industrieverband Veredlung-Garne-Gewebe- Technische Textilien, Frankfurt | www.ivgt.de